



**UNSER SOZIALSTAAT  
DER ZUKUNFT**

**Ansicht**

**4:22**

**Nachhaltigkeit sozial – umdenken jetzt. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sind für einen sozialen, ökologischen und ökonomischen Umbau der Weltgemeinschaft unbedingt einzuhalten.**





## Liebe Leserin, lieber Leser,

Sommer 2022: In Südfrankreich herrschte Wasserknappheit; Trinkwasser musste rationiert werden. Der Rhein hatte einen so niedrigen Pegelstand, dass die Schifffahrt nur begrenzt Güter transportieren konnte und so Versorgungsengpässe entstanden. In Pakistan war die Flut so groß, dass ein Drittel des Landes im Wasser versank. Im Sommer 2021 zerstörten die Fluten der Ahr ganze Landstriche in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Diese Katastrophen sollten auch den letzten Beobachter\*innen vor Augen geführt haben, wie konkret und verheerend die Folgen des Klimawandels und dessen Konsequenzen für den Lebensalltag sein können und wie dringend geboten die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität ist.

In den Vorhersagen des Club of Rome 2052 wurden in diesem Zusammenhang fünf Kehrtwenden vorgeschlagen: Besiegen der Armut, Abbau der Ungleichheit, gleiche Chancen für Frauen, eine Ernährung im Einklang mit Gesellschaft und Natur und die Elektrifizierung von (fast) allem. Dies erfordert neue ökonomische, ökologische und soziale Antworten. Die Klimakrise wird etwa in hohem Maße von den Emissionen der Wohlhabendsten getrieben. Lösungen müssen daher an diesen gewaltigen Ungleichheiten ansetzen. Transformationskosten dürfen eben nicht auf jene einkommensarmen Haushalte umgelegt werden, die weltweit und in Deutschland den geringsten Beitrag an der Entstehung und Verschärfung der Klimakrise leisten und sich zu Recht Sorgen machen, finanziell abgehängt zu werden. Die nationale und internationale Politik muss jetzt für Verbindlichkeit sorgen und wirksam und schnell handeln. Gefragt sind aber auch Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die AWO wird daher natürlich auch ihren Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Wir stehen zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens und arbeiten darauf hin, unsere Einrichtungen noch vor dem Jahr 2040 klimaneutral zu machen. Schlaglichtartige Einblicke, wie wir unsere Ziele erreichen wollen, bietet das vorliegende Heft.

Kathrin Sonnenholzner  
Vorsitzende des Präsidiums

Michael Groß  
Vorsitzender des Präsidiums

### IMPRESSUM

#### Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.  
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin  
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599  
info@awo.org · www.awo.org

#### Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553  
awo-ansicht@awo.org

#### Redaktion Brigitte Döcker ·

Berit Gründler · Peter Kuleba v.i.s.d.P.

**Redaktionelle Mitarbeit** Thomas Diekamp  
Steffen Lembke · Julia Maier · Alexander Schmalfluss

#### Konzept und Gestaltung

Stephanie Roderer,  
www.stephanie-roderer.de

#### Fotografie

S. 3, 4, 6 AWO Bundesverband  
S. 4, 21 AWO International  
S. 7 Kai Döring  
S. 9, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20 shutterstock.com  
S. 14 privat  
S. 22 Kiepenhauer & Witsch

#### Anzeigen

TAG Agentur & Verlag  
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244  
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

#### Druck

deVega Medien GmbH, Augsburg.

#### Papier

Gedruckt auf Circle Offset premium white,  
FSC®-, EU Ecolabel- und Blauer Engel-  
zertifiziert.



## VERBAND

# Claudia Mandrysch neues Vorstandsmitglied

Das Präsidium der Arbeiterwohlfahrt hat nach einem intensiven Auswahlprozess beschlossen, Claudia Mandrysch (53) als Vorständin des AWO Bundesverbandes einzustellen. Im November 2022 hat Mandrysch ihren Dienst zunächst in Teilzeit begonnen. Ab Januar 2023 wird sie dann in Vollzeit als Vorständin für den AWO Bundesverband tätig werden. Nach einer Ausbildung der Sozialen Arbeit und Weiterbildungen und Praxiserfahrungen in der Sozial- und Suchttherapie ist Mandrysch über viele Jahre als Führungskraft in der Freien Wohlfahrtspflege tätig gewesen. Sie verfügt zudem über langjährige Erfahrung in der Führungskräfte- und Organisationsberatung. »Die AWO steht seit ihrer Gründung für Werte ein, die in diesen herausfordernden Zeiten richtungsweisend sind auf dem Weg in eine solidarische, gerechte Zukunft«, so Mandrysch. »Ich selbst habe mich zeitlebens für soziale Gerechtigkeit und sozialen Frieden eingesetzt. Von daher ist es mir ein ganz besonderes Anliegen, die AWO in ihrer Rolle als Impulsgeberin für zentrale Themen unserer Zukunft zu stärken.«

»Claudia Mandrysch ist eine sehr erfahrene Führungskraft und verfügt über ausgewiesene Kenntnisse der Praxis der Freien Wohlfahrtspflege«, betont AWO-Präsidentin Kathrin Sonnenholzner. »Ich freue mich sehr, dass wir mit ihr eine Vorständin gewinnen konnten, die das fachpolitische Profil der AWO dank ihrer Wurzeln in der sozialarbeiterischen Praxis mit großer Expertise weiter stärken wird«, ergänzt Michael Groß, Präsident der Arbeiterwohlfahrt. »Mit Claudia Mandrysch gewinnen wir eine Kollegin im Bundesvorstand, die ihre Führungsqualitäten unter anderem in der Führung eines Trägers der Wohlfahrtspflege mit 1.000 Mitarbeiter\*innen nachgewiesen hat. In Zeiten gesellschaftlicher Krisen und Herausforderungen wird diese Expertise den Bundesverband in die Zukunft führen«, so Brigitte Döcker, Vorstandsvorsitzende des AWO Bundesverbandes.

➔ [info@awo.org](mailto:info@awo.org)



## HELFEN SIE!

Wenn auch Sie die Ukraine-Nothilfeprojekte von AWO International unterstützen möchten, können Sie dies mit einer Spende tun.

➔ Unser Spendenkonto:  
AWO International  
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Spenden-Stichwort: Nothilfe Ukraine

## AWO INTERNATIONAL

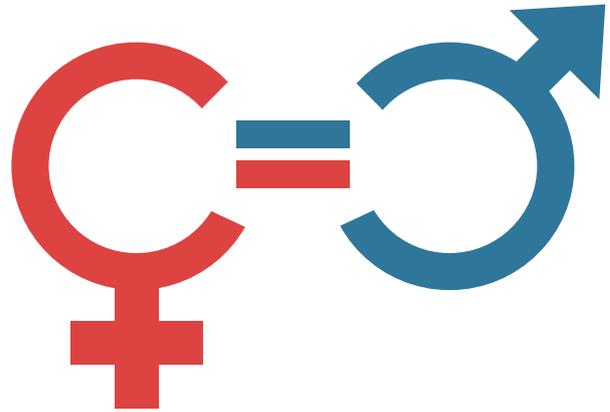
# Winterhilfe für die Ukraine

Der russische Angriffskrieg bringt unendliches Leid über die Menschen in der Ukraine. Seit Kriegsbeginn im Februar sind laut den Vereinten Nationen 17,7 Millionen Menschen in der Ukraine auf humanitäre Hilfe angewiesen. 3,3 Millionen davon sind Kinder. Der kommende Winter mit Temperaturen von bis zu minus 20 Grad Celsius in manchen Teilen des Landes wird sehr viele Ukrainer\*innen vor große Herausforderungen stellen. Die ukrainische Regierung gibt an, dass seit Beginn des Kriegs mehr als 800.000 Wohnungen und Häuser beschädigt oder zerstört wurden. Viele Menschen haben keinen Zugang zu Strom und Gas für den Betrieb von Heizungen. Die steigenden Preise für Energie und Hilfsgüter erschweren die humanitäre Hilfe vor Ort. AWO International unterstützt gemeinsam mit der österreichischen Volkshilfe und der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Narodna Dopomoha Ukraine 400 bedürftige Familien in den Kiewer Vororten Butscha, Hostomel und Irpin. Die Familien werden bei Reparaturen ihrer durch die russischen Angriffe beschädigten Wohnungen unterstützt.

➔ Weitere Informationen [www.awointernational.de](http://www.awointernational.de)  
[mail@awointernational.de](mailto:mail@awointernational.de)

## GLEICHSTELLUNG

# Gleichstellungsbericht veröffentlicht



Die Ergebnisse des 2. verbandlichen Gleichstellungsberichtes zeigen, dass innerhalb der vier Jahre seit Veröffentlichung des 1. Berichtes konkrete Fortschritte hin zu mehr Vielfalt erzielt werden konnten. »Der Bericht bestätigt«, so die Gleichstellungsbeauftragte des Präsidiums der Arbeiterwohlfahrt Helga Kühn-Mengel, »dass ernst gemeinte gleichstellungspolitische Vorhaben erfolgreich sind: In nur wenigen Jahren ist es gelungen, mehr Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt in der AWO in ganz Deutschland zu schaffen. So ist der Frauenanteil bei den Einrichtungsleitungen deutlich gestiegen, und Gleichstellungsinstrumente werden

in den Landes- und Bezirksverbänden der AWO verstärkt eingesetzt. Das macht uns stolz. Gleichzeitig sehen wir auch: Es gibt noch viel zu tun. Beispielsweise sind Frauen in Führungspositionen ab dem mittleren Management noch deutlich unterrepräsentiert – ein Hinweis darauf, dass die ›Gläserne Decke‹ auch hier wirkt. Das wollen und werden wir jetzt angehen.«

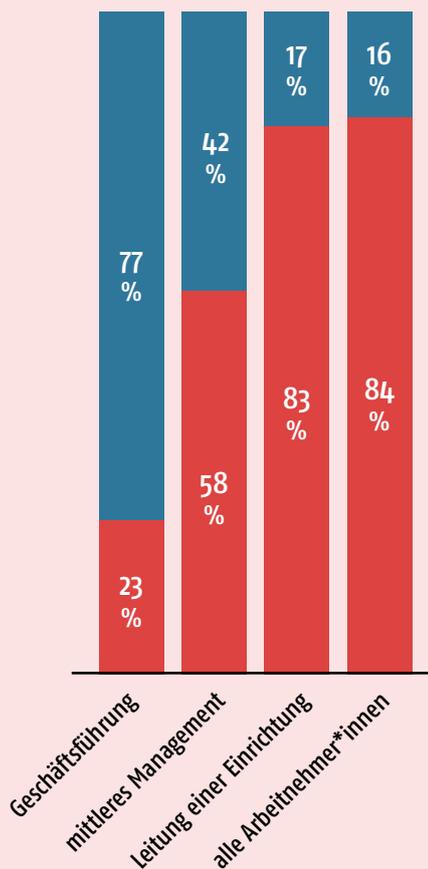
Die innerverbandliche Gleichstellung wird weiter mit Kräften fortgesetzt werden. »Schließlich ist die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt in den eigenen Strukturen eine wichtige Voraussetzung, um den Verband mit seinen gesellschaftlich unverzichtbaren Angeboten und sozialen Dienstleistungen zukunftsfähig aufzustellen«, so Vorstandsmitglied Selvi Naidu. »Grundlegende Voraussetzungen dafür sind die Anerkennung und Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangslagen und Bedürfnisse der Beschäftigten und der Schutz vor Diskriminierung.«

Aus dem Bericht wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet. Dazu gehören etwa die Stärkung der Gender- und Vielfaltskompetenz von Beschäftigten und insbesondere Führungskräften, die geschlechtergerechte und vielfaltssensible Gestaltung von Stellenausschreibungen und Auswahlverfahren sowie die Etablierung neuer Führungsmodelle wie Führen in Teilzeit und Top-Sharing.

Ein Meilenstein für die innerverbandliche Gleichstellung war der 1. Gleichstellungsbericht der Arbeiterwohlfahrt. Er lieferte 2018 kurz vor dem 100-jährigen Verbandsjubiläum erstmals eine solide Datengrundlage zum Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in der AWO und erste Zahlen zur Vielfalt in der Belegschaft. Der Bericht bildete den Auftakt für eine intensive Auseinandersetzung im gesamten Verband. Mit dem 2. Gleichstellungsbericht für das Hauptamt der Arbeiterwohlfahrt setzt der Verband die Berichterstattung fort.«

Frauen- und Männeranteil der Arbeitnehmer\*innen der Arbeiterwohlfahrt (Landes- und Bezirksverbände, ohne Tochtergesellschaften) nach Leitungsfunktionen, 2019

■ Männer ■ Frauen



Quelle: AWO-Gleichstellungsbericht, Quantitative Erhebung 2020, eigene Berechnung

➔ [sina.kuester@awo.org](mailto:sina.kuester@awo.org)

## ENGAGEMENT

## Weihnachtsmarken 2022

Persönliche Briefe sind inzwischen etwas Besonderes. Umso schöner werden mit der Post versandte Grüße und Gedanken an Freundschaften und Familie: eine schöne Geste der Zuneigung, gerade jetzt, wo noch immer der menschliche Kontakt zum gegenseitigen Schutz eingeschränkt ist. Wer einen Brief mit Wohlfahrtsmarken beklebt, kann zudem Gutes tun und Engagement unterstützen, denn der Erlös aus dem Verkauf der Marken kommt sozialen Projekten zugute, ganz konkret vor Ort.

Auf dem Sonderpostwertzeichen wurde in diesem Jahr ein Motiv aus dem Gemälde »Verkündigung an die Hirten« (undatiert, wohl vor 1450) von Ansano di Pietro di Mencio (1405–1481) entnommen, einem Künstler des Quattrocento und der Sieneser Schule. Die 85-Cent-Marken (plus 40 Cent im Verkauf, die gespendet werden) sind nass- oder selbstklebend erhältlich und können im Online-Shop bestellt werden.

➔ [awo.org/wohlfahrtsmarken](http://awo.org/wohlfahrtsmarken)  
Berit Gründler • [kommunikation@awo.org](mailto:kommunikation@awo.org)



## AKTION

## »Gewaltfrei Pflegen«

Gewalterfahrungen sind in der professionellen und häuslichen Pflege keine Einzelfälle, betroffen sind sowohl pflegebedürftige als auch pflegende Menschen. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat jeder sechste ältere Mensch über 60 Jahren bereits körperliche und/oder psychische Gewalt erfahren. In einer Studie des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) gab die Hälfte von 250 befragten Pflegedienstleitungen und Qualitätsbeauftragten an, dass Konflikte, Aggression und Gewalt in der Pflege die stationären Einrichtungen vor ganz besondere Herausforderungen stellen. Die AOK hat gemeinsam mit Partner\*innen aus der Pflegebranche und Pflegeverbänden die Aktion »Gewaltfrei Pflegen« ins Leben gerufen. Die AWO unterstützt die Aktion. Die AWO bietet im Rahmen der Aktion die Workshop-Reihe »Gewaltfreie Pflege« an, hier werden Good-Practice-Beispiele aus der AWO Saarland, Pfalz und Mittelfranken vorgestellt. Zudem ist die Hans-Weinberger-Akademie der AWO e. V. mit dem Projekt »Pflege in Bayern – gesund + gewaltfrei« vertreten. Hier haben sich 40 Einrichtungen der stationären Pflege auf den Weg gemacht und erproben sich erfolgreich in individuell auf ihre Situation zugeschnittenen Maßnahmen und Methoden der Sensibilisierung und der Gewaltprävention.

➔ [claus.boelicke@awo.org](mailto:claus.boelicke@awo.org)

## HISTORISCHES PORTRÄT

Hans Weinberger  
1898–1976

Hans Weinberger verlebte seine Kindheit im Waisenhaus. 1917 wurde er nach einer kaufmännischen Lehre Soldat. Vor dem Hintergrund seiner eigenen Erfahrung identifizierte er sich besonders mit den Notlagen von Kindern. Er war Mitbegründer der Kinderfreundebewegung in Bayern. Nach einer Tätigkeit als Erzieher bildete er sich als Sozialarbeiter fort und wurde Reichssekretär der Kinderfreunde. Ab 1933 erlitt er Verfolgung und berufliche Einschränkungen. 1944 wurde er wieder Soldat. Nach dem Krieg leitete er parallel zu seiner Tätigkeit für die AWO das Landesjugendamt in Bayern. Im Vorstand des Hauptausschusses der AWO war er viele Jahre als Beisitzer aktiv. Er leitete ab 1962 zudem den Fachausschuss Organisation und Werbung und war auf diese Weise ein Brückenbauer zwischen Region und Bundesebene. 1971 wurde er mit der Marie-Juchacz-Plakette ausgezeichnet. Heute ist das Bildungsinstitut der AWO Bayern nach ihm benannt.

➔ Weitere Informationen im Historischen Archiv der AWO [www.awo-historie.org](http://www.awo-historie.org)





**»Was ist ›Familie‹? Für das Zukunftsforum Familie ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.«**

Zum Verständnis des Zukunftsforum Familie e.V.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus von Bündnis 90/Die Grünen. auf dem Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Zukunftsforum Familie (ZFF) im Oktober 2022 in Berlin.

FAMILIE

## 20 Jahre ZFF

Das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) hat im Oktober 2022 sein 20-jähriges Bestehen gefeiert. Das ZFF wurde 2002 von der AWO als eigenständiger familienpolitischer Fachverband gegründet und hat sich mittlerweile zu einer starken Organisation mit zahlreichen Mitgliedern innerhalb und außerhalb der AWO entwickelt. Auf einem Festakt gratulierten zahlreiche Gäste aus Politik – unter anderem Bundesfamilienministerin Lisa Paus (B 90/Die Grünen) – und befreundeten Verbänden. Auf einer Mitgliederversammlung wurde der ZFF-Vorstand in großen Teilen im Amt bestätigt. Die Mitglieder wählten unter anderem Britta Altenkamp, stellvertretende Präsidentin des AWO Bundesverbandes und Vorsitzende im AWO Bezirk Niederrhein, für weitere zwei Jahre zur Vorsitzende des Zukunftsforums.

---

➔ [www.zukunftsforum-familie.de](http://www.zukunftsforum-familie.de)

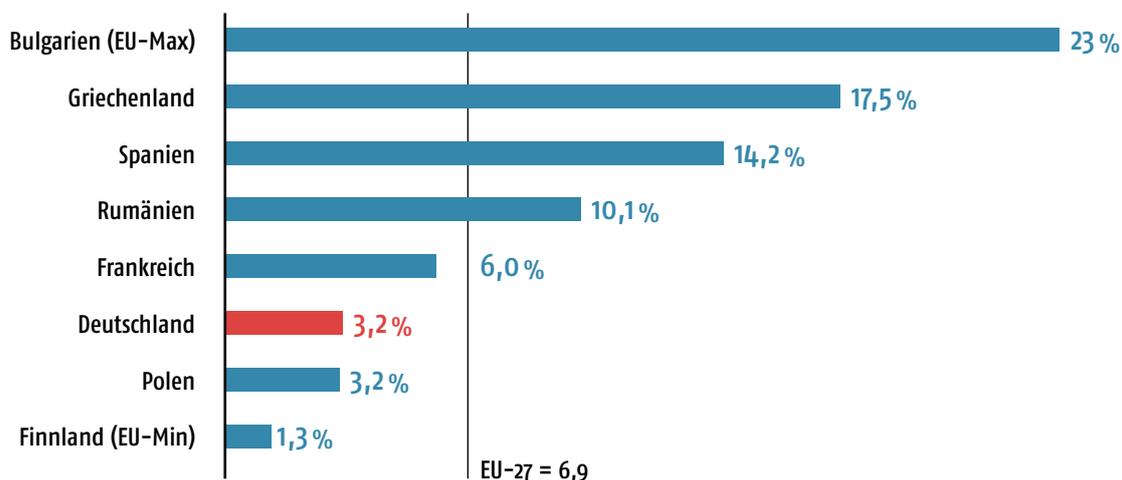
# Kaltes Wohnen

Eine ausreichend beheizte Wohnung war bereits vor Beginn der Energiekrise infolge des Krieges in der Ukraine nicht für alle selbstverständlich. 3,2 Prozent der Bevölkerung in Deutschland lebten nach eigener Einschätzung im Jahr 2021 in Haushalten, die ihr Haus oder ihre Wohnung aus finanziellen Gründen nicht angemessen warmhalten konnten. Die aktuell anhaltend hohen Energiepreise treiben zu Beginn der kalten Jahreszeit die Heizkosten in die Höhe.

Die kürzlich beschlossene Wohngeldreform ist eine wichtige Maßnahme zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Die Ausweitung des Berechtigtenkreises im Wohngeld und die Einführung einer dauerhaften Heiz- und Klimakostenkomponente sind auch durchaus geeignete Mittel hierfür – nur müssen diese rascher und verbindlicher genehmigt werden. Das Gesetz sieht die Möglichkeit zur vorläufigen Zahlung des Wohngeldes vor, im Falle der späteren Nicht-Bewilligung droht jedoch die Rückforderung der geleisteten Zahlungen. Das wirkt auf Menschen mit geringem Einkommen abschreckend und verschärft das Problem der geringen Nicht-Inanspruchnahme im Bereich des Wohngeldes. Jenseits dieser Maßnahmen besteht weiterhin ein enormer Handlungsbedarf in der Wohnungspolitik. Die Bundesregierung muss endlich dafür sorgen, dass Mieten durch eine starke Mietpreisbremse begrenzt werden; ebenso muss das Angebot im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau spürbar vergrößert werden. ❤️

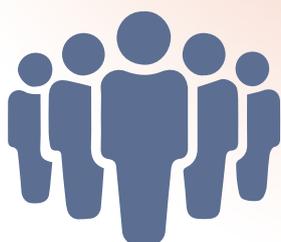
»Die Ausweitung des Berechtigtenkreises im Wohngeld und die Einführung einer dauerhaften Heiz- und Klimakostenkomponente müssen verbindlicher genehmigt werden.«

Finanzielle Unfähigkeit, Wohnung ausreichend zu beheizen, 2021, in Prozent der Bevölkerung



Menschen in Deutschland, die sich aufgrund der anhaltend hohen Energiepreise eine ausreichend beheizte Wohnung nicht leisten können.

»2,6 Millionen Menschen konnten 2021 aus Geldmangel ihre Wohnung nicht angemessen heizen.«



**3,2%**

der Bevölkerung in Deutschland lebten nach eigener Einschätzung im Jahr 2021 in Haushalten, die ihr Haus oder ihre Wohnung aus finanziellen Gründen nicht angemessen warmhalten konnten.

**4,3%**

der Alleinlebenden sowie 4,7% der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten konnten ihre Wohnung aus Geldmangel nicht angemessen heizen.

# NACHHALTIGKEIT

**1** KEINE ARMUT



**2** KEIN HUNGER



**3** GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN



**7** BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE



**8** MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM



**9** INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR



**13** MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ



**14** LEBEN UNTER WASSER



**15** LEBEN AN LAND



## 17 ZIELE FÜR NACHHALTIGKEIT

Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ist ein globaler Plan zur Förderung nachhaltigen Friedens und Wohlstands und zum Schutz unseres Planeten. Seit 2016 arbeiten alle Länder daran, diese gemeinsame Vision zur Bekämpfung der Armut und zur

Reduzierung von Ungleichheiten in nationale Entwicklungspläne zu überführen. Dabei ist es besonders wichtig, sich den Bedürfnissen und Prioritäten der schwächsten Bevölkerungsgruppen und Länder anzunehmen – denn nur wenn niemand zurückgelassen wird, können die 17 Ziele bis 2030 erreicht werden.

# AL

## SDGs im AWO- Alltag

Die Menschheit steht an einem Scheideweg. Die weltweiten Versäumnisse im Umwelt- und Klimaschutz gehen einher mit einer wachsenden sozialen Ungleichheit. Um die Erde wieder zukunftsfähiger zu gestalten, müssen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure ihr Handeln grundsätzlich hinterfragen und zu Veränderungen bereit sein. Dies gilt auch für die Soziale Arbeit. Die AWO mit ihren Einrichtungen und Diensten ist sich dieser Verantwortung bewusst. Wesentliche Orientierung dazu bieten die SDGs der Vereinten Nationen.

**4** HOCHWERTIGE  
BILDUNG



**5** GESCHLECHTER-  
GLEICHHEIT



**6** SAUBERES WASSER  
UND SANITÄR-  
EINRICHTUNGEN



**10** WENIGER  
UNGLEICHHEITEN



**11** NACHHALTIGE  
STÄDTE UND  
GEMEINDEN



**12** NACHHALTIGE/R  
KONSUM UND  
PRODUKTION



**16** FRIEDEN,  
GERECHTIGKEIT  
UND STARKE  
INSTITUTIONEN



**17** PARTNER-  
SCHAFTEN  
ZUR ERREICHUNG  
DER ZIELE



# IGKEIT

# Nachhaltige Versorgungs- sicherheit

**»Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die ökologisch und nachhaltig lebt. Wir bekennen uns zu einem nachhaltigen, ressourcenschonenden und fairen Wirtschaftssystem. Wir setzen uns für eine Ökonomie ein, die weltweit faire und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen anstrebt.«**

(aus dem Grundsatzprogramm der AWO)

AUTOR PETER KULEBA

»Es braucht ›neue Aufklärung‹. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen kennt in der Bevölkerung kaum jemand, und wenn, dann werden sie nur mit Ökologie assoziiert; soziale Nachhaltigkeitsziele wie Ziel eins, Überwindung aller Formen von Armut weltweit, sind vielen unbekannt«, so der Wirtschaftssoziologe Klaus Dörre in Heft 3-2022 der AWO Ansicht. Die AWO bekennt sich zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung und zu den Pariser Klimaschutzzielen. Sie möchte einen Beitrag dazu leisten, dass diese Ziele Wirklichkeit werden und dass allen Menschen heute und in Zukunft ein gutes Leben ermöglicht wird. Anhand ausgewählter Nachhaltigkeitsziele werden im folgenden Themenschwerpunkt exemplarisch Einblicke in die konkrete Umsetzung im Verband präsentiert.

Die Erkenntnisse aus dem zu Beginn des Jahres veröffentlichten Weltklimabericht und auch vor allem der kriegerische Angriff Russlands auf die Ukraine mit all seinen Konsequenzen erfordern mehr denn je einen raschen Umbau zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Energieversorgung. Als Teil einer sozialökologischen Transformation ist dieser Umbau ein wichtiger Bestandteil für eine freiheitliche und gerechte Zukunft – und die Abkehr von Versorgungsabhängigkeiten von einzelnen autokratischen Regimes.



**»Die politisch Verantwortlichen in Deutschland und den Industrieländern müssen jetzt ein Zeichen setzen und den Umbau zur nachhaltigen Energieversorgung konsequent vorantreiben.«**

Die politisch Verantwortlichen in Deutschland und den Industrieländern müssen jetzt ein Zeichen setzen und den Umbau zur nachhaltigen Energieversorgung konsequent vorantreiben. Nur so können zukünftig eine unabhängige Versorgungssicherheit gewährleistet und die Interessen künftiger Generationen berücksichtigt werden. Dabei ist eine faire Lastenverteilung dringend geboten. Anders gesagt: Energieversorgung muss sicher und für alle bezahlbar bleiben.

Die AWO hat auf der Bundeskonferenz 2021 verbindlich beschlossen, dass ihre Einrichtungen und Dienste vor dem Jahr 2040 klimaneutral werden müssen. Zudem versteht sie es als ihre Aufgabe, die bevorstehende Transformation im Sinne ihrer sozialanwaltschaftlichen Rolle politisch zu begleiten. Das bedeutet, dass auch in Zeiten von Unsicherheit und Wandel die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen gesichert werden muss. In der aktuellen Situation muss zudem stets sichergestellt sein, dass Energie keine Frage des Geldbeutels und die Versorgung von Menschen in Armut und prekären Lebenslagen gewährleistet ist.



**Armut in jeder Form und überall beenden, Zugang zu Land und armutsreduzierenden Dienstleistungen garantieren — Der reichere Teil der Weltbevölkerung verursacht die Hälfte aller CO<sub>2</sub>-Emissionen, während die ärmere Weltbevölkerung stärker unter den Folgen des Klimawandels leidet. Phänomene wie Kinderarmut, Altersarmut und Armut trotz Arbeit sind auch in wohlhabenden Ländern allgegenwärtig.**

# Klimakrise und Armut

AUTOR ALEXANDER SCHMALFUSS

Das erste Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen fordert: »Armut in all ihren Formen und überall beenden«. 2015 lebten 736 Millionen Menschen in extremer Armut.<sup>1</sup> Interessant ist, dass die ökonomische und die ökologische Herausforderung zusammenhängen. Denn 1 Prozent der Weltbevölkerung schädigt das Klima doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt.<sup>2</sup> Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) stellt klar: »Der Klimawandel trifft die ärmsten Länder am härtesten. Zugleich tragen die ärmsten Länder so gut wie nichts zum Klimawandel bei ...«<sup>3</sup> Dieser Zusammenhang von Ungleichheit und Klimawandel gilt nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler Ebene, da der ärmere Teil der Bevölkerung auch in Deutschland ...

- am wenigsten zum Klimawandel beiträgt,
- am meisten unter seinen Folgen leidet,
- den größten Anpassungsaufwand tragen muss, wenn Klimaschutzmaßnahmen schlecht gestaltet werden.<sup>4</sup>

In Deutschland waren die reichsten 10 Prozent (8,3 Millionen Menschen) im Jahr 2015 für mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß verantwortlich als die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung (41,3 Millionen Menschen). Von den Gesamt-Emissionen seit 1990, für die die deutsche Bevölkerung verantwortlich ist, gehen 26 Prozent auf das Konto der reichsten 10 Prozent; die gesamte ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung ist nur für wenig mehr verantwortlich.

Den Wohlfahrtsverbänden als Vertreter\*innen der Ärmsten und Verletzlichsten einer Gesellschaft kommt eine besondere Verantwortung zu, sich für die Abwehr eines gefährlichen Klimawandels einzusetzen. Zwei zentrale Leitbilder müssen im Mittelpunkt des Wandlungsprozesses stehen:

- »Leave no one behind«<sup>6</sup>
- »Just Transition«<sup>7</sup>

»Leave no one behind« fordert, bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen darauf zu achten, dass diese sozialverträglich sind. Im Kern heißt es, keine unzumutbaren Belastungen bei Haushalten mit geringen Einkommen zu erzeugen.

Die »Just Transition«, also ein gerechter Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschaft, gelingt ganzheitlich, wenn Klimaschutz so gestaltet ist, dass er auch Armutsrisiken bekämpft und in Zukunft verstärkt als präventive Sozialpolitik verstanden wird.

Die Wohlfahrtsverbände müssen sich dafür starkmachen, dass ökonomische und ökologische Herausforderungen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern Hand in Hand im Sinne einer inklusiven Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung verändert werden. ❤️

<sup>1</sup> [unric.org/de/17ziele/sdg-1/](http://unric.org/de/17ziele/sdg-1/)

<sup>2</sup> [www.oxfam.de](http://www.oxfam.de)

<sup>3</sup> [www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung](http://www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung)

<sup>4</sup> Bohnenberger, K. 2020: Rote Frage = Grüne Frage? Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit.

<sup>5</sup> [www.oxfam.de](http://www.oxfam.de)

<sup>6</sup> [unsdg.un.org](http://unsdg.un.org)

<sup>7</sup> [ec.europa.eu](http://ec.europa.eu)

# Mehr politischer Mut im Kampf gegen den Klimawandel

**Im Interview fordert Philipp Lepenies eine Abkehr von einer Politik des Unterlassens und eine Hinwendung zu mutigen Entscheidungen im Sinne eines nachhaltigen Transformationsprozesses.**

INTERVIEW PETER KULEBA

**AWO Ansicht: Herr Professor Lepenies, was zeichnet eine »Politik des Unterlassens« eigentlich aus?**

**LEPENIES** Eine Politik im Geist des Unterlassens ist eine, die nicht in die Konsumententscheidung der Bürger\*innen hineinredet und gleichzeitig von der Erwartungshaltung der Bürger\*innen getragen wird, dass der Staat genau das auch nicht darf. Es sind sozusagen zwei Akteursgruppen, die sich einigen, dass Politik eine Politik im Geiste des Unterlassens zu sein hat.

**Wie konnte es dazu kommen, dass es eine solche Politik des Unterlassens gibt?**

**LEPENIES** In diesem Fall kommen zwei Sachen zusammen, die einander bedingen. Ein wichtiger Moment ist die Einflussnahme neoliberaler Grundsätze auf die internationale Politik und hier vor allen Dingen die Verengung des Freiheitsbegriffs auf Konsumfreiheit. Verbunden war dies mit der Vorstellung, dass Märkte – die ja als ideale soziale Organisationsformen für den Neoliberalismus gelten – vor allem deshalb funktionieren, weil die Nachfrager die wichtigsten Akteure sind.

Konsument\*innen sind in der Logik des Neoliberalismus diejenigen, die Marktgeschehen eigentlich erst möglich machen; die Markteffizienz erst möglich machen und von daher vollkommen geschützt werden müssen in ihren Entscheidungen.

Oftmals wird in der Betrachtung des Neoliberalismus der wichtige Aspekt der Konsumentensouveränität vergessen, weil Neoliberalismus häufig mit Privatisierung von Staatsbetrieben oder Steuerpolitiken, die den Reichen nutzen, verbunden wird. Der andere Aspekt – der aber damit zusammenhängt – ist die Art und Weise, wie die Digitalisierung, wie unsere Interaktion mit einem Smartphone oder mit dem Internet dazu führt, dass wir unsere Rolle als Konsument\*innen in einer besonderen Weise leben. Die digitale Welt ist ja größtenteils keine Kommunikation von A nach B, sondern eine des Konsums und der Information über unsere vermeintlichen Bedürfnisse.

**Warum konnte diese Vorstellung so wirkmächtig werden? Diese beschriebene Form von Konsum, die muss man sich ja auch leisten können?! Steckt dahinter nicht auch eine zutiefst asoziale Vorstellung von Freiheit?**

**LEPENIES** Es ist eine hochgradig ideologische Debatte; das ist ja nichts, was real, empirisch der Wahrheit entspricht. Es ist ein Wunschbild sozialer Verfasstheit, das bestimmten Gruppen zugutekommt und anderen nicht. Die Vorbereitung und diese Verengung von Freiheit auf den Konsumbegriff, die beginnt vor allen Dingen in der amerikanischen Debatte der 1960er- und 1970er-Jahre.

Die ganze Globalisierung ist eine wirtschaftliche Konsumerzählung: Globalisierung soll dafür sorgen, dass Waren billiger werden; sie soll dafür sorgen – und hat dafür gesorgt –, dass wir auf einmal Sachen beziehen und kaufen können, die es vorher kaum gab, die man sich nur in Fernreisen leisten konnte.



**DR. PHILIPP LEPENIES**

ist Ökonom und Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Im Suhrkamp Verlag ist von ihm zuletzt erschienen: »Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens.«

➔ [sustainability@polsoz.fu-berlin.de](mailto:sustainability@polsoz.fu-berlin.de)



»Ein wichtiger Moment ist die Einflussnahme neoliberaler Grundsätze auf die internationale Politik und hier vor allen Dingen die Verengung des Freiheitsbegriffs auf Konsumfreiheit.«

**Braucht es in diesem ideologischen Zusammenhang überhaupt eine repräsentative oder direkte Demokratie?**

**LEPENIES** Entscheidend ist der Kontext, in dem neoliberale Ideen aufkommen. Die neoliberale Idee entstand als ein Gegenentwurf zur Planwirtschaft. In dem Zusammenhang hatte man eine Vorstellung von Politik und die war antikommunistisch und antisozialistisch. Der neoliberalen Ideologie zufolge ist eines wichtig: keine staatliche Planung der Wirtschaft. Alles andere steht aber zur Debatte.

Die Neoliberalen der ersten Stunde meinten aber auch, dass der Markt eigentlich die bessere Demokratie ist, eine nämlich, in der jeder Geldschein ein Stimmzettel ist. Nur auf dem Markt kann der Einzelne durch seine Wahlentscheidung bekommen, was er oder sie will. Im Gegensatz zur Demokratie muss man sich am Markt nicht an andere Meinungen anpassen. Ich muss mich nicht der Mehrheitsmeinung beugen, Hauptsache, die Freiheit des Konsums ist gewährleistet. Das ist im Grunde eine sehr demokratiefeindliche Haltung.

**Ist das Desinteresse an Demokratie gepaart mit einer Verachtung von Staat oder ist das zu unterscheiden?**

**LEPENIES** Nein, das geht Hand in Hand. Das Ideal ist der Einzelne. Man fokussiert sich auf den Einzelnen und auf die Entscheidungsmöglichkeiten der Einzelnen am Markt und die Handlungsmöglichkeiten als Konsumentin. Alles andere, auch das Verwobensein in soziale Netze, spielt da keine Rolle. Der Staat ist hinderlich und stört.

**Deswegen auch die Ablehnung von Interessengruppen?**

**LEPENIES** Ja, weil es eben Gruppen sind und man aber Individuen idealisiert.

**Würden Sie die These aufstellen können, dass sich die neoliberale Geschichte irgendwann zu Ende erzählt hat, weil die Probleme so dramatisch werden, dass Verzicht zwangsläufig wird?**

**LEPENIES** Würde der Markt alle Probleme lösen, hätten wir keine. Aber so ist es ja nicht. Es gibt natürlich immer noch die Suche nach marktnahen Lösungen oder nach Marktlösungen. Aber man muss nicht nur auf die Klimadebatte oder die kriegsbedingten Reaktionen auf die Energiekrise schauen. Da ist keine Lösung marktorientiert, im Gegenteil.

**Wird diese Erzählung nicht auch ad absurdum geführt durch die Realität, wonach die Menschen sich langsam daran gewöhnen müssen, Verzicht zu üben, oder bedarf es noch der Flankierung von staatlichen/politischen Entscheidungen?**

**LEPENIES** Das ist in diesem Falle die normative Kraft des Faktischen. Wenn man irgendwo wohnt, wo kein Wasser mehr da ist, ist es logisch, dass es irgendwie verteilt werden muss und dass nicht etwa diejenigen etwas bekommen, die am meisten bezahlen können. Und natürlich stellt sich die Frage: Wer ist eigentlich der Akteur, der entscheidet? Da bleiben neben dem Staat nicht viele Alternativen übrig.



»Es geht eben nicht um Ökodiktatur, sondern darum, wie eine Demokratie sich in diesem Transformationsprozess organisiert und handelt.«

**Ist in diesem Zusammenhang aber nicht auch eine gewisse Mutlosigkeit im politischen Entscheidungsprozess zu erkennen?**

**LEPENIES** In der Tat. Es gibt Mutlosigkeit, aber gleichzeitig glauben jene, die mutlos agieren, dass sie tugendhaft agieren. Hier sind wir wieder bei Politik im Geiste des Unterlassens. Möglichst wenig machen. Anscheinend existiert eine Politiker\*innengeneration, die das verinnerlicht hat. Man versucht, gewählt zu werden mit möglichst wenig disruptiven Vorstellungen, die aber nicht zeit- und nicht anlassgemäß sind. Das Gegenteil bräuchten wir. Es braucht eine klare Ansage und eine Debatte. Wir brauchen ja unterschiedliche Meinungen, was zu tun ist. Es geht eben nicht um Ökodiktatur, sondern darum, wie eine Demokratie sich in diesem Transformationsprozess organisiert und handelt.

**Fehlt demokratisches Selbstbewusstsein?**

**LEPENIES** Eher der Mut, Veränderungen zu verbinden mit dem, was man sich gar nicht mehr traut auszusprechen: mit Vorstellungen einer rosigen Zukunft. Natürlich ist der Klimawandel bedrohlich; natürlich wird er Einschnitte mit sich bringen, die wirklich schmerzhaft sind. Er bietet aber gleichzeitig die Chance, dass unsere Lebensquali-

tät letztlich steigt. Es gibt unzählige Sachen, die aufgrund der Nachhaltigkeitsüberlegungen, aufgrund des Klimawandels weniger Schadstoffe ausstoßen, weniger negative Effekte produzieren und gleichzeitig Lebensqualität verbessern.

Was beeindruckt uns denn, wenn wir in Westeuropa unterwegs sind? Doch genau das: Veränderungen, die eigentlich aufgrund von Nachhaltigkeitsüberlegungen vor allem in Großstädten durchgesetzt werden. Warum kann man als Politiker\*in nicht klarer sagen: Okay, wir transformieren; okay, es gibt Einschnitte, aber das, was hinten rauskommt – wenn wir es gemeinsam gut machen –, ist für fast alle eine Verbesserung. Dieser begründete Optimismus und der Mut zur Tat fehlen mir.

**Braucht es nicht zum Abbau sozialer Ungleichheiten einen handlungsfähigen und auch handlungswilligen Staat?**

**LEPENIES** Absolut! Es braucht vor allen Dingen auch einen sozialen Blick. Der wird einem jetzt in dieser Krisensituation zwangsmäßig wieder antrainiert, nachdem man auf dem sozialen Auge in den letzten 30 bis 40 Jahren politisch extrem blind war. Man hat sich im Zuge der erfolgreichen Durchsetzung neoliberaler Ideen abtrainiert, die soziale Frage als eine wichtige politische Frage, bei der der Staat handelt, zu sehen; man hat die ökologische Frage negiert als ein Gebiet, wo der Staat handeln muss, und lange als lächerlich abgetan. Genau diese beiden Aspekte sind aber jetzt auf der Tagesordnung.

Als Beobachter überkommt einen der Eindruck, dass gestandene Politiker\*innen darauf gar nicht vorbereitet sind und wieder lernen müssen, sich um die soziale Gerechtigkeit zu bemühen und sich endlich einmal darauf zu einigen, gegen den Klimawandel transformativ zu handeln.

**Das ginge konkret wie?**

**LEPENIES** Ein ganz wichtiger Hebel ist natürlich die Steuergerechtigkeit und die Überprüfung von Steuerprivilegien. Da könnte man gerade in Deutschland enorm viel erreichen. ❤️

# Mehr Klimafreundlichkeit

AUTOR STEFFEN LEMBKE

Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen und die Klimakrise zu stoppen, ist ein umfassender Umbau der öffentlichen Infrastruktur erforderlich. Dass dies eine große Herausforderung ist, wird schon daran deutlich, dass es gerade die Bereiche Verkehr und Wohnen waren, in denen die Bundesregierung zuletzt ihre Klimaziele verfehlte und nun zum Nachbessern gezwungen ist. Dabei erscheint die Ausgangslage für beide Bereiche unterschiedlich:

So sind die Zielkonflikte zwischen dem Umbau zur Klimaneutralität und der sozialen Sicherheit beim Thema Wohnen besonders deutlich greifbar. Die dringende Notwendigkeit großflächiger energetischer Sanierungen trifft auf ohnehin stark gestiegene Mietkosten und ihre massiven Auswirkungen auf die Menschen. Trotz vieler Diskurse mangelt es aus Sicht der AWO bis heute an fundierten Lösungsvorschlägen, um diesen Zielkonflikt wirksam zu lösen, und es wäre dringend notwendig, dass die Bundesregierung dem Thema eine besondere Priorität zumisst.

Demgegenüber scheinen die Aufgaben in der Verkehrspolitik vergleichsweise einfach. Natürlich wird der Umbau hin zu einem klimafreundlichen Ver-

kehrssystem, das auch ländliche Regionen mit angemessenen Mobilitätsformen erschließt, große Investitionen erfordern. Gleichzeitig ergeben sich aber bereits durch ein politisches Umdenken Möglichkeiten, um kurzfristig Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu stärken. Ein Beispiel hierfür kann das unlängst beschlossene 49-Euro-Ticket sein: Es reduziert nicht nur die Kosten für eine regelmäßige Nutzung des ÖPNV, es ermöglicht auch einen unkomplizierten Zugang zu überregionaler Mobilität. Eine Attraktivitätssteigerung, die vielen Menschen den Umstieg vom PKW auf Bus oder Bahn erleichtern wird. Damit dieser gute Ansatz seine volle Wirkung entfalten kann, muss aber natürlich die Bezahlbarkeit für alle Menschen und damit auch für einkommensschwache Haushalte gesichert sein.

Ein Umdenken kann auch bei der Frage nach der Finanzierung einer »sozialverträglichen Mobilitätswende«<sup>1</sup> helfen. Hier müssen insbesondere auch bestehende umweltschädliche Subventionen thematisiert und hinterfragt werden. Viele von ihnen liefern nicht nur falsche Anreize in Bezug auf den Klimaschutz, sondern verstärken auch soziale Ungleichheiten und kosten dabei Milliarden. Ein prominentes Beispiel ist das sogenannte Dienstwagenprivileg, welches den Staat laut Umweltbundesamt jährlich rund 3 Mrd. Euro kostet. Profiteure von dieser Subvention sind insbesondere Menschen mit großen Einkommen und Vermögen: Rund 50% aller Dienstwagen werden von den reichsten 20% gefahren.<sup>2</sup>

Es zeigt sich also, dass gerade im Verkehrsbereich Chancen für schnelle Verbesserungen vorhanden sind. Diese gilt es zu nutzen und so den Einstieg in den Umbau hin zu einer klimafreundlichen Infrastruktur weiter voranzutreiben. ❤️

<sup>1</sup> Die AWO ist Mitglied im Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende, weitere Informationen unter: [awo.de/breites-buendnis-fordert-jetzt-die-weichen-fuer-eine-sozialvertraegliche-mobilitaetswende-stellen](http://awo.de/breites-buendnis-fordert-jetzt-die-weichen-fuer-eine-sozialvertraegliche-mobilitaetswende-stellen)

<sup>2</sup> FÖS 2021: S. 31, abrufbar unter: [foes.de/publikationen/2021/2021-02\\_FOES\\_Klimaschaedliche\\_Subventionen\\_sozial\\_gerecht\\_abbauen.pdf](http://foes.de/publikationen/2021/2021-02_FOES_Klimaschaedliche_Subventionen_sozial_gerecht_abbauen.pdf)



## 11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN



Städte und Siedlungen inklusiv, sicher und nachhaltig gestalten. Sicherung bezahlbaren Wohnraums und nachhaltiger Verkehrssysteme. Umweltbelastungen senken — Derzeit werden in Städten weltweit rund 70 % aller Ressourcen verbraucht und mehr als 75 % aller CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeugt. Gleichzeitig konzentriert sich zunehmend Armut in städtischen Räumen.



Zugang zu bezahlbarer, verllässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern. Anteil erneuerbarer Energien erhöhen — Die Energieproduktion ist gegenwärtig für ein Drittel des Ausstoßes aller Treibhausgase verantwortlich. Insgesamt muss der Energieverbrauch gesenkt werden.

# Energie – bezahlbar und sauber

AUTOR STEFFEN LEMBKE

Das Entwicklungsziel 7 beinhaltet ein Thema, das in Zeiten stark steigender Energiepreise und Debatten um Versorgungssicherheit eine besondere Brisanz gewonnen hat. Vermehrt wird die Rückkehr zu fossilen Energieträgern, etwa durch Ölförderung in der Nordsee oder Fracking auf deutschem Boden, gefordert. Dies, so die Argumentation, würde Deutschland bei der Energieversorgung unabhängiger machen und die Bürger\*innen vor hohen Energiepreisen schützen. Dies ist ein Trugschluss. Denn: Es ist nicht zuletzt die Abhängigkeit von den fossilen Energien und ihren Preisschwankungen, die die aktuelle Krise ausgelöst hat. Mit voranschreitendem Handlungsdruck beim Klimaschutz und einem dadurch steigenden CO<sub>2</sub>-Preis steht zudem der nächste Kostentreiber schon in den Startlöchern.

Die Rückkehr zu fossilen Energien wäre eine Absage an die Pariser Klimaziele und damit unverantwortlich gegenüber künftigen Generationen. Entsprechend müssen die Bestrebungen, sich durch einen konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien endlich von Kohle, Öl und Gas möglichst unabhängig zu machen, intensiviert werden. Hierbei kann auch die AWO einen Beitrag leisten: Eine große Zahl der von ihr betriebenen sozialen Einrichtungen eignet sich hervorragend für den Betrieb von Photovoltaikanlagen. Im Gegensatz zu Privathaushalten verbrauchen etwa stationäre Einrichtungen den Hauptteil der Energie über den Tag – dann, wenn die Sonne scheint.

Neben dem Zugang zu sauberer Energie fordert das Entwicklungsziel 7 auch bezahlbare Energiepreise. Hier greift die Politik derzeit intensiv mit diversen Entlastungsmaßnahmen ein. Leider funktionieren diese nach dem Gießkannenprinzip, anstatt zielgenau bei einkommensschwachen Haushalten zu wirken. Dies ist besonders fragwürdig, ist doch laut Statistischem Bundesamt der Energieverbrauch von Topverdiener\*innen nahezu doppelt so hoch wie der von Menschen im untersten Einkommensspektrum. Ein Umstand, der in Zeiten der Energiekrise und mit Blick auf den Klimawandel unhaltbar und unsolidarisch ist. Gefragt ist hier eine gerechtere Energiepolitik, die auf der einen Seite eine kostengünstige Grundversorgung mit Energie sichert, auf der anderen Seite aber überdurchschnittliche und verschwenderische Energieverbräuche zum Beispiel durch progressiv steigende Verbrauchspreise sanktioniert. Auch müssen klimaschädliche und sozial ungerechte Subventionen wie etwa das Dienstwagenprivileg endlich abgeschafft werden. Das SDG 7 fasst die aktuellen Handlungsnotwendigkeiten in der derzeitigen Krise besonders gut zusammen. Die Energiewende muss nicht trotz der Energiepreiskrise, sondern gerade wegen ihr mit höchstem Tempo vorangetrieben werden. Dies erfordert Preismodelle für die Energiemärkte, die eine kostengünstige Grundversorgung sicherstellen und ein sparsames Verhalten belohnen. ❤

# Hitzeschutz wird unterschätzt

AUTORIN JULIA MAIER

»Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern«. Die Kernaussage des dritten Nachhaltigkeitsziels ist eng mit dem Auftrag der Arbeiterwohlfahrt (AWO) verbunden. Seit über 100 Jahren setzt sie sich dafür ein, die Lebensqualität von Menschen zu verbessern. Die Auswirkungen der Klimakrise bringen in diesem Bereich neue Herausforderungen. Eine davon sind tödliche Hitzewellen. Diese werden in Deutschland erst seit Kurzem als ernsthafte Gefahr für die Gesundheit erkannt. Hohe Temperaturen in Kombination mit hohen bodennahen Ozonkonzentrationen können insbesondere bei älteren Menschen sowie Menschen mit Herz-Kreislauf- oder Atemwegserkrankungen schwerwiegende gesundheitliche Folgen haben. Zudem kann Hitze Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Demenz und Depressionen, Lungen- und Nierenkrankheiten und auch Multiple Sklerose verschlimmern. Auch sind Personen mit geringem Einkommen besonders stark von extremer Hitze betroffen. Sie leben oft in Quartieren mit wenig Grünflächen und viel Beton. Dadurch heizen sich diese tagsüber

besonders stark auf und kühlen nachts kaum ab. Für Wohnungslose gibt es kaum Rückzugsorte und schlechten Zugang zu Trinkwasser.

Trotz Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 2008 und des damaligen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit von 2017<sup>1</sup> sind deutsche Kommunen immer noch unzureichend auf Hitze vorbereitet.<sup>2</sup> Kommunen müssen einen gesetzlichen Auftrag und damit einhergehende finanzielle Mittel für Hitzeschutz erhalten. Nur so kann systematisch und flächendeckend Hitzeschutz in Zusammenarbeit mit verschiedenen kommunalen und bundesweiten Akteuren, unter anderem aus Behörden, dem Gesundheitssektor, der Sozialen Arbeit und dem Katastrophendienst, umgesetzt werden. Insbesondere sollten Gesundheitsakteure eine zentrale Rolle in der Erstellung und Umsetzung von Hitzeschutzplänen einnehmen.

Die AWO kooperiert im Bereich des Hitzeschutzes mit der Deutschen Allianz für Klimawandel und Gesundheit (KLUG). Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist ein gemeinsames dreijähriges Hitzeschutzprojekt (2022–2025) mit Fokus auf Verhaltens- und Verhältnisprävention in stationären Pflegeeinrichtungen. Neben dem Schutz von Pflegekräften und Bewohner\*innen sollen die Ergebnisse des Projekts auch in andere Einrichtungen und Quartiere wirken. So sollen alle Menschen geschützt werden, die besonders von Hitze betroffen sind. In enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Akteuren vor Ort werden Synergien geschaffen, um die Hitzeresilienz der AWO-Einrichtungen, aber auch der Kommunen und ihrer Menschen zu stärken. Denn in Zeiten der Klimakrise ist systematischer und flächendeckender Hitzeschutz zwingend notwendig, wenn wir die Gesundheit und das Wohlergehen aller Menschen gewährleisten wollen. ❤️

<sup>1</sup> [www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/hap\\_handlungsempfehlungen\\_bf.pdf](http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/hap_handlungsempfehlungen_bf.pdf)

<sup>2</sup> Hitzetote in Deutschland: Der Tod kommt bei Sonnenschein, ZEIT ONLINE



## 3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN



Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten, Mütter- und Kindersterblichkeit senken, schwere Krankheiten bekämpfen — 2 Milliarden Menschen haben keinen regelmäßigen Zugang zu medizinischer Versorgung. 90 % aller verfügbaren Medikamente werden lediglich von 15 % der Weltbevölkerung genutzt.

# Klimaschutz jetzt!

AUTOR THOMAS DIEKAMP

Die AWO hat mit ihren Bundeskonferenz-Beschlüssen 2016 und 2021 wesentliche Weichen gestellt, um ihren Beitrag zum Pariser Klimaabkommen zu leisten. Dabei kann die AWO auf unterschiedlichen Ebenen zu einem Erreichen des Abkommens beitragen. So sollen zum einen die eigenen über 18.000 Einrichtungen und Dienste bis vor 2040 klimaneutral agieren, und zum anderen vertritt die AWO in ihrer sozial-anwaltschaftlichen Rolle Menschen, die innerhalb der Diskussion um Klimaschutz weniger Gehör finden, denn: »Die AWO sieht Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit als untrennbar miteinander verbunden und wird sich als Sozialanwältin dafür einsetzen, dass der Weg zur Klimaneutralität als Chance genutzt wird, Ungleichheiten zu verringern und alle Menschen mitzunehmen.« (Ziel- und Maßnahmenplan der AWO, 2022: »Klimaschutz ist Solidarität! Unser Weg zur Klimaneutralität«).

Darüber hinaus kann die AWO mit ihren Hunderttausenden von Mitarbeitenden, mehreren Zehntausenden Ehrenamtlichen und Millionen von tagtäglichen Kontakten mit Klient\*innen, Bewohner\*innen, Kindern etc. eine Multiplikatorinnen-Rolle einnehmen und Klimaschutz in die Breite tragen. So stellt sie in ihrem Ziel- und Maßnahmenplan zum Bundeskonferenz-Beschluss der Klimaneutralität vor 2040 klar: »Eine klimaneutrale Soziale Arbeit muss inklusiv gestaltet und allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Sie stellt den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt und erfüllt diese im Einklang mit den planetaren Grenzen.«

In der Sozialen Arbeit kann im Kontakt mit den unterschiedlichen Zielgruppen Klima- und Umweltschutz thematisiert werden. Insbesondere in der pädagogischen Arbeit sind die Chancen groß, denn Studien zeigen, dass es starke Naturerfahrungen während der Kindheit wahrscheinlicher machen, dass sich Menschen später als Erwachsene für die Umwelt einsetzen. So stellt der Ziel- und Maßnahmenplan klar, dass in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen das Konzept der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent mitgedacht werden sollte.

Ehrenamtliches Engagement im Secondhand-Laden, Initiativen wie Repaircafés oder Upcycling-Workshops im Stadtteilcafé zeigen, dass Nachhaltigkeitsthemen nicht nur eine Chance für das Ehrenamt sind, sondern dass damit auch Teilhabe an nachhaltigen Lebensstilen für verschiedene Menschen hervorgerufen werden kann.

Über die Kommunikation der Aktivitäten zum Klimaschutz durch einzelne AWO-Verbände gegenüber Mitgliedern, Mitarbeitenden sowie der Öffentlichkeit soll die Akzeptanz für die Veränderungen, die innerhalb der AWO, aber auch der gesamten Gesellschaft notwendig sind, steigen.

Die AWO besitzt schließlich die Kompetenz, für alle Zielgruppen der Sozialen Arbeit Teilhabe am so wichtigen Thema des Klimaschutzes sicherzustellen. So kann das Thema in der Beratung von Menschen, in der Gemeinwesenarbeit und im Sozialraum ihren Niederschlag finden. ❤️

Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen und in nationale Politiken und Strategien einbeziehen — Entwicklungsländer haben zusammen genommen bislang nur mit einem Anteil von 24 % zum Klimawandel beigetragen, sind heute aber besonders oft von dessen Folgen betroffen. Somit stehen die Industrieländer mit hohen Lebensstandards in der besonderen Verantwortung.

## 13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ



# Weltweite Ungleichheiten minimieren



Ein Interview mit Ingrid Leberherz dazu, wie soziale Ungleichheiten auf der Welt minimiert werden können.

INTERVIEW PETER KULEBA

## 1 Frau Leberherz, was sind die zentralen Punkte vom SDG 10?

SDG 10 fordert »weniger Ungleichheiten in und zwischen den Ländern«, zielt also darauf, dass der Reichtum dieser Welt gerechter verteilt werden muss. Stattdessen verschärft sich aktuell der tödliche Skandal der Spaltung der Welt in Arm und Reich: Während der Covid-Pandemie sind allein im Jahr 2020 bis zu 124 Millionen Menschen in extreme Armut gefallen, während im gleichen Zeitraum das Gesamtvermögen aller Milliardäre um mehr als 50% gestiegen ist. Schon seit 1995 hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung fast 20 Mal mehr Vermögen angehäuft als die ärmsten 50% der Menschheit zusammen. Auch in Deutschland nimmt die Konzentration der Vermögen zu. Die zehn reichsten Personen haben ihr Vermögen seit Beginn der Pandemie von ca. 144 Milliarden auf etwa 256 Milliarden US-Dollar gesteigert, ein Gewinn, der annähernd dem Gesamtvermögen der ärmsten 40% der deutschen Bevölkerung entspricht.

## 2 Wie können globale soziale Ungleichheiten sinnvoll bekämpft werden?

Durch gerechten Handel, faire Preise, auskömmliche Bezahlung derer, die Rohstoffe fördern und Produkte für unseren Konsum herstellen. Geflüchtete aufnehmen und eine gesetzlich geregelte Migration ermöglichen. Mit aller Entschiedenheit CO<sub>2</sub>-neutral werden, um Extremwetterereignisse, die immer auf Kosten der Ärmsten gehen, zu minimieren, und in der AWO-Tradition der Arbeiter\*innenbewegung solidarisch bleiben: Im Kolleg\*innenkreis, der Stammkneipe und beim Nachbarschaftskaffee widersprechen, wenn ausgerechnet Migrant\*innen, Asylsuchende oder junge Klimaaktivist\*innen für gesellschaftliche Missstände verantwortlich gemacht werden.



INGRID LEBHERZ

ist Geschäftsführerin von AWO International.

➔ [ingrid.leberherz@awointernational.de](mailto:ingrid.leberherz@awointernational.de)

## 3 Was macht AWO International in diesem Zusammenhang?

Als AWO International bringen wir die Perspektive des Globalen Südens ein: Fairer AWO-Kaffee, -Tee und -Zucker verknüpfen fairen Konsum mit dem Impuls, weltweite Gerechtigkeit im Blick zu behalten – möglichst jeden Morgen schon beim ersten Kaffee, um mit dieser Perspektive die Zeitung zu lesen und die politischen Entwicklungen einzuordnen.

Unser Wohlstand basiert auf unfairen Lieferketten, die die Menschenrechte missachten: Für das Nähen eines Fußballtrikots erhält die Näherin 90 Cent (!) und kann davon nicht leben, während es bei uns für 90 Euro verkauft wird. Das darf nicht sein. Wir haben das im Kicker skandalisiert und hoffen, dass es viele Fußballfans gelesen haben.

Gleichzeitig unterstützen wir im Ausland in vielen Projekten Menschen darin, ihre Rechte beispielsweise als Migrant\*innen wahrzunehmen, wenn sie auf Arbeitssuche in andere Länder gehen, aber auch mit konkreten Maßnahmen wie der Unterstützung bei Existenzgründungen zum Beispiel in Honduras oder der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion von Kleinbauern. Projekte, die die Selbstorganisation, die Verteidigung der Menschenrechte für Jugendliche, Frauen und alle Menschen, unabhängig von Geschlecht und Alter, vor Ort unterstützen. ❤️

# Grünes Wachstum ist eine Illusion

AUTORIN ULRIKE HERRMANN

Die Klimakrise verschärft sich unaufhörlich. Dabei ist der politische Wille eigentlich vorhanden, den Planeten zu retten. So bilanziert SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach erschüttert: »Niemand würde sein Eigenheim so sehr heizen, dass es mit einer Wahrscheinlichkeit von 30 Prozent in dreißig Jahren abbrennen würde. Genau das tun wir derzeit aber mit dem Eigenheim Erde.«

Der Klimaschutz scheitert, weil noch immer die Illusion verfolgt wird, dass »grünes Wachstum« möglich sei. Die große Hoffnung ist, dass sich die gesamte Wirtschaft auf Ökostrom umstellen ließe – ob Verkehr, Industrie oder Heizung. »Grünes Wachstum« ist jedoch unmöglich, weil der Ökostrom nicht reichen wird. Diese Aussage mag überraschen, schließlich schickt die Sonne 5.000 Mal mehr Energie zur Erde, als die acht Milliarden Menschen benötigen würden, wenn sie alle den Lebensstandard der Europäer genießen könnten. An physikalischer Energie fehlt es nicht, aber bekanntlich muss die Sonnenenergie eingefangen werden. Solarpaneele und Windräder liefern jedoch nur Strom, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Um für Flauten und Dunkelheit vorzusorgen, muss Energie gespeichert werden – und dieser Zwischenschritt ist so aufwendig, dass Ökostrom knapp bleiben wird. Wenn die grüne Energie reichen soll, bleibt nur »grünes Schrumpfen«.

An Visionen mangelt es nicht, wie eine ökologische Kreislaufwirtschaft aussehen könnte, in der nur noch so viel verbraucht wird, wie sich recyceln lässt.



ULRIKE HERRMANN

ist seit 2000 Wirtschaftskorrespondentin der taz. Kürzlich ist ihr aktuelles Buch »Das Ende des Kapitalismus« bei Kiepenheuer & Witsch erschienen.

→ [uh@taz.de](mailto:uh@taz.de)

Stichworte sind unter anderem Tauschwirtschaft, Gemeinwohlökonomie, Konsumverzicht, Arbeitszeitverkürzung oder bedingungsloses Grundeinkommen. Doch diese Visionen werden meist mit dem Weg verwechselt. Nur selten wird gefragt, wie man eigentlich aus dem Wachstum aussteigen könne, ohne eine schwere Wirtschaftskrise zu erzeugen und Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

Um sich dieses »grüne Schrumpfen« vorzustellen, hilft es, vom Ende her zu denken. Wenn Ökostrom knapp bleibt, sind Flugreisen und private Autos nicht mehr möglich. Banken werden weitgehend überflüssig, denn Kredite lassen sich nur zurückzahlen, wenn die Wirtschaft wächst. Niemand würde hungern – aber Millionen von Arbeitnehmern müssten sich umorientieren. Zum Beispiel würden sehr viel mehr Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und auch in den Wäldern benötigt, um die Folgen der Klimakrise zu lindern.

Der Rückbau des Kapitalismus muss geordnet vorgehen. Zum Glück gibt es bereits ein historisches Modell: die britische Kriegswirtschaft ab 1939. Damals mussten die Briten in kürzester Zeit ihre zivile Produktion zurückfahren und komplett auf das Militär ausrichten, ohne dass die Bevölkerung hungerte. Es entstand eine demokratische und private Planwirtschaft, die bei den Briten sehr beliebt war. Die Fabriken wurden nicht verstaatlicht, aber der Staat gab Produktionsziele vor – und organisierte die Verteilung der knappen Güter. Es gab keinen Mangel, aber es wurde rationiert. So könnte auch das »grüne Schrumpfen« funktionieren. ❤️

## IM NÄCHSTEN HEFT

**Kampf gegen Armut.**  
Armutsfallen im Alltag von  
Migrant\*innen.



